WER HAT AN DER UHR GEDREHT? | VON HENDRIK SODENKAMP

Posted on 19. April 2023

Ein Kommentar von **Hendrik Sodenkamp**.

Die nukleare Bedrohung steigt, ebenso die Möglichkeit einer Revolution in Europa.

China ist in diesen Tagen der Nabel der Welt. Der chinesische Staatspräsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, empfängt zur Zeit Staatsoberhäupter aus der ganzen Welt.

Hintergrund der Besuche ist der sich zuspitzende Konflikt der USA mit China, der an der Insel Taiwan festgemacht wird. Vor wenigen Wochen war Xi Jinping nach Moskau gereist und hatte mit dem russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Länder verhandelt. Zwei Abkommen zur strategischen Partnerschaft bis zum Jahr 2030 waren unterzeichnet worden. Russland sagte eine verstärkte Lieferung von Erdöl und Gas nach China zu, und China den verstärkten Export von Elektronikprodukten, womit sich die beiden Länder zusehends von den ehemals führenden Volkswirtschaften auf diesem Gebiet, den De-facto-Nato-Staaten USA und Japan [\(1\)](#), unabhängig machen.

Nun reisten in der vergangenen Woche die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron nach Peking. Während die adlige Ursula Leyen am Flughafen den Besucherausgang nutzen musste, wurde der Franzose mit Ehren empfangen. Bei dem Treffen kam auch der sich zur Zeit zuspitzende Taiwan-Konflikt zur Sprache: »Das Schlimmste wäre zu denken, dass wir Europäer bei diesem Thema Mitläufer sein sollten und uns an den amerikanischen Rhythmus und eine chinesische Überreaktion anpassen sollten«, so Macron, sonst drohe Europa zu einem Vasall der USA oder Chinas zu werden, wo es ein dritter Pol sein könnte.

Die Eigenständigkeit Europas

Diese Betonung einer eigenständigen europäischen Position löste erwartungsgemäß einen Sturm der Entrüstung im transatlantischen Blätterwald aus: Macron spalte die »westliche Wertegemeinschaft«, er wolle sich und sein Land vor den Deutschen in einem guten Licht sehen, er gefährde das Leben und die Unabhängigkeit der Taiwanesen, so der Tenor zu Macrons Äußerungen, die eigentlich eine

Selbstverständlichkeit zur Sprache brachten. Die umstrittene deutsche Außenministerin Annalena Baerbock wurde kurz darauf nach China entsandt, um mit »feministischer Außenpolitik« den eisernen US-Standpunkt der deutschen Politik zu betonen. Fast zeitgleich landete der neue brasilianische Staatspräsident Luiz Lula da Silva in Peking mit einer großen Delegation, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China zu verstärken. Brasilien ist mit Abstand die größte Volkswirtschaft Südamerikas, womit sich zeigt, wie sich der Nato-Westen international zusehends isoliert.

Die Treffen fanden vor dem Hintergrund umfangreicher Militärmanöver der Chinesen und der Taiwanesen statt. Laut dem Politikwissenschaftler Ullrich Mies sind die USA dabei, Europa im Krieg gegen Russland einzuspannen, um selbst die nötigen Kapazitäten frei zu haben, um Krieg gegen China führen zu können.

TikTok als »kritische Infrastruktur«

Das beinhaltet in den USA auch die Sperrung des in China ansässigen Video-Unternehmens Tiktok, das vor allem bei jungen Menschen sehr beliebt ist. Mit einem Gesetz mit dem sprechenden Namen »Reset« soll die chinesische App verboten werden. Dies mit der Argumentation, dass die chinesische Regierung über das Telefonprogramm Propaganda verbreiten könne – so es wie die US-Unternehmen Facebook und Youtube praktizieren. Außerdem warnen US-Politiker vor der Weitergabe von Nutzerdaten an den chinesischen Machtapparat, so wie es die US-Unternehmen während des Corona-Feldzuges getan hatten. Die Unternehmen des Silicon Valley, einst angetreten mit hehren Menschheitsbeglückungsversprechen, freuen sich über diesen gesetzlichen Vorstoß zur Sicherung der eigenen Marktmacht im Westen, ebenso deren Aktionäre über den Anstieg der Kurse nach Verkündung des Gesetzesvorhabens.

Franzosen besetzen Blackrock

Dass die Menschen zusehends die Faxen dicke vom überwachenden, kontrollierenden und verarmenden Finanz-Digitalkomplex haben, machte die französische Bevölkerung am 7. April 2023 klar, als sie die Zentrale des größten Finanzverwalters der Welt Blackrock stürmte (2). Im westlichen Nachbarland Deutschlands herrschen seit Wochen vorrevolutionäre Zustände. In ganz Frankreich werden Straßen von Demonstranten blockiert, Raffinerien außer Betrieb gesetzt und in allen Städten des Landes wird zu

Hunderttausenden demonstriert. Laut Umfragen lehnen 80 Prozent der Franzosen den WEF-Anführer Emmanuel Macron als Präsidenten ab und fordern seinen Rücktritt. Sein Vorstoß, das umstrittene Rentenprogramm ohne parlamentarische Abstimmung durchzudrücken, erzürnt die demokratieliebenden Franzosen. Dabei ist diese Rentenreform nur der Aufhänger des Widerstands: Seit Jahren mehren sich die Straßenbewegungen in Frankreich. Die Forderung ist nichts weniger als die Revolution und die Ausrufung einer neuen, gerechteren Republik.

Davon dürfte sogar die US-Regierung wenig halten. Ein durchgestochenes Konvolut aus Geheimdokumenten, das in der vergangenen Woche viel Aufsehen erregte, gab hierzu jedoch noch keine Auskunft. Aus den Dokumenten ist zu entnehmen, in welchem Ausmaß sich die US-Regierung und das Militär in der Ukraine einsetzt, und welches Ausmaß die alltägliche Überwachung von internationalen »Freunden« erreicht hat. Kritiker riefen jedoch auch zur Vorsicht in der Beurteilung der Dokumente auf, da die US-Regierung deren Echtheit bestätigte. In der Vergangenheit hatte der US-Apparat Wahrheiten dementiert und Lügen zugelassen. So reagierte auch die russische Regierung vorsichtig in ihren Aussagen zu den durchgestochenen Geheimdokumenten. Diese könnten auch Teil einer US-Desinformationskampagne sein, so eine Kreml-Sprecherin.

Lügen, Paranoia und die Bombenstimmung nehmen auf allen Seiten zu. Die US-Inflation soll dabei laut Medienberichten auf »nur« noch 5 Prozent gefallen sein. (3)

Quellen

(1) Der Staat Japan (Nippon-koku) ist formal nicht Teil der Kriegsorganisation des Transatlantikpakts, seit der Unterwerfung Japans durch den Kriegsgegner USA im Jahr 1946 allerdings ebenfalls US-amerikanisch besetzt und entsprechend zugerichtet: »Die United States Forces Japan umfassen rund 38.000 Soldaten und beschäftigen neben 5.000 amerikanischen auch 25.000 japanische Zivilangestellte.«

(<https://web.archive.org/web/20071025050557/http://www.usfj.mil/Welcome.html>)

(2) <https://youtu.be/JZaRy-RyL24>

(3) Dieser Artikel erschien im Wirtschaftsressort der 129. Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) vom 15. April 2023, Seite 9, <https://demokratischerwiderstand.de>.

+++

Wir danken dem Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Bildquelle: [Salma Bashir Motiwala](#)/ shutterstock